

Original : VDF

Kopien : BRC KE KT DY KJ AY GRB DEA WP VY

SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT

AMBASSADE DE SUISSE

EMBASSY OF SWITZERLAND

ANKARA, 28/10/93

17:58

Atatürk Bulvarı 247
 P.K. 25
 06692 Kavaklıdere-ANKARA/Turkey
 TEL 90/4/467 55 55/56
 FAX 90/4/467 11 99
 TLX 44 161 ams tr

TELEFAX

Empfänger
 Destinataire
 Adresse

- Politische Abteilung I
 - Politisches Sekretariat
 - EVD, BAWI, Südosteuropadienst
 - EMD, UNA (Fax)

Anzahl Seiten
 Nombre de pages
 Number of pages

2

Klassifikation

chiffriert

Nummer

190

CHIFFRE

Ihr Zeichen
 Votre réf.
 Your ref.

vom
 du
 of

Unser Zeichen
 Notre réf.
 Our ref.

354.1-BRU/ph

Informativ

Zur Lage im Südosten

Die Auseinandersetzung zwischen Sicherheitskräften und PKK artet mehr und mehr in einen klassischen Guerillakrieg aus, der auf dem Rücken der leidenden Zivilbevölkerung ausgetragen wird. Kein Tag vergeht ohne Massaker der PKK, welche Raids in Dörfern durchführt und - allem Anschein nach - oft wahllos Zivilpersonen massakriert. Verbindungsstrassen sind selbst tagsüber nicht mehr sicher, da die PKK Strassensperren errichtet, Fahrzeuge stoppt und einzelne Reisende herausgreift, die oft auf der Stelle erschossen werden. Auch die Entführungen werden fortgesetzt: in den vergangenen Tagen brachten die Guerillas einen Neuseeländer, einen Amerikaner und einen Holländer in ihre Gewalt. Der Südosten des Landes wird (vgl. dazu mein 186) immer mehr vom Rest des Landes abgeschnitten. (Wie mir von einer normalerweise gut informierten Quelle zugetragen wurde, ist die PKK jüngst dazu übergegangen, systematisch Schneepflüge und -fräsen zu zerstören. Was dies bedeutet, kann man nur ermessen, wenn man sich vor Augen hält, dass im SE über Monate hinweg meterhoch Schnee liegt!).

Es zeigt sich deutlich, dass die PKK zu einer terroristischen Zermürbungstaktik übergegangen ist, um die Regierung an den Verhandlungstisch zu zwingen. Dabei schreckt sie vor nichts zurück. Die massiven Vergeltungsschläge der Sicherheitskräfte ziehen die lokale Bevölkerung ebenfalls in Mitleidenschaft. Vielen, die sich nicht auf die eine oder

dodis



2

Seite/Page 2

andere Seite schlagen wollen, bleibt nichts anderes als die Flucht, zunächst in regionale Agglomerationen, in einem weiteren Schritt vielleicht in den Westen der Türkei. Dort allerdings werden die Kurden, falls als solche erkenntlich, mehr und mehr diskriminiert, was erneut die Armen und Ungebildeten am härtesten trifft.

Die PKK stellt sich nie dem offenen Kampf, sie hätte gegen die staatliche Uebermacht nicht die geringste Chance. Die Sicherheitskräfte andererseits sind zwar als eine Art Besatzungstruppe omnipräsent, verschanzen sich aber in ihren Stützpunkten und Garnisonen. Sie kontrollieren deshalb lediglich den Bereich, in dem sie sich gerade aufhalten, nicht aber das oft unwegsame Terrain. Das ist auch nicht verwunderlich, verfügen doch die Sicherheitskräfte längst nicht über die Geländekenntnis ihrer Gegner. Ausserdem bestehen die Mannschaftsbestände nach wie vor weitgehend aus Wehrdienstpflichtigen, die naturgemäss darauf aus sind, ihre Haut zu retten, nicht aber sie im Südosten zu Markte zu tragen. Die vor einiger Zeit angekündigte Schaffung von speziell geschulten Kommandotruppen von länger dienenden Soldaten wird daran im Grundsatz kaum etwas ändern.

Der sogenannte "Terrorgipfel", der, von Parlamentspräsident Cindoruk einberufen, am 27. Oktober die Chefs sämtlicher Parteien mit Ausnahme der DEP sowie PM Çiller zusammengeführt hat, ist ergebnislos geblieben. Frau Çiller wurde verschiedentlich, insbesondere aber vom ANAP-Führer Yilmaz, Unfähigkeit und Konzeptlosigkeit vorgeworfen. Sie scheint auch in der eigenen Partei zunehmend unter Druck zu geraten. Eine gemeinsame und breit abgestützte Strategie, das eigentliche Ziel des Treffens, konnte nicht erreicht werden.

Die oft diskutierte Frage der Einführung des Kriegsrechts ist (vorübergehend?) etwas in den Hintergrund gerückt, da sich Generalstabschef Güres selbst dagegen ausgesprochen hat. Dies erstaunt kaum, kann doch die Armee wenigstens in den 10 Provinzen, in denen der Ausnahmezustand herrscht, de facto ohnehin tun und lassen, was sie will. Sie scheut deshalb davor zurück, sich mit zusätzlicher Verantwortung zu belasten, der kein entsprechender Nutzen gegenübersteht.

Eine interessante Entwicklung zeichnet sich bei der demokratischen Linken ab, wo sich die beiden Parteiführer Karayalçın (SHP) und Baykal (CHP) unter dem Eindruck der verfahrenen Situation zu konstruktiven Gesprächen über eine Fusion ihrer Parteien gefunden haben. Vor diesem Hintergrund ist es logisch, dass sich Karayalçın als Koalitionspartner Frau Çillers sachte von deren Kurdenpolitik distanziert und sich zum Anwalt einer Politik macht, welche die Menschenrechte nicht aus den Augen verliert und der Repression auch positive Massnahmen gegenüberstellen will. Konkretes hat aber auch er bis jetzt nicht verlauten lassen.

Der Schweizerische Geschäftsträger a.i.

U. Breiter